



Das Trilemma der modernen Welt

Der Autor Dani Rodrik hat in seinem Text (Financial Times (16.05.2012): <http://www.ftd.de/politik/konjunktur/:zeitalter-der-globalisierung-das-trilemma-der-weltwirtschaft/50114226.html>) ein interessantes Trilemma der modernen Welt beschrieben. Es beinhaltet, dass man von den folgenden 3 Dingen maximal 2 gleichzeitig haben kann: ökonomische Globalisierung, nationale Souveränität, (nationale) Demokratie. Die folgenden Überlegungen stellen den Zusammenhang zum Thema Demokratie her, das heute immer mehr an Aufmerksamkeit gewinnt, da die Legitimationsbasis zu schwinden scheint. Die Ausgangsfrage dazu an den Autor war, ob die Demokratie heute unter einer Zivilisationskrankheit leidet?

- (1) Die Demokratie ist die beste Staatsform, die wir kennen. Sie erfordert allerdings vielfältige Voraussetzungen. Es geht der Demokratie heute nicht gut. Sie befindet sich aber nicht in einer Zivilisationskrankheit. Die Krankheit ist eher vom Globalisierungstyp.
- (2) Demokratien funktionieren nur in einer Struktur, in der sich die Menschen als zusammengehörig empfinden. Wesentliche Fragen bzgl. Eigentum, Freiheiten und Machtverteilung müssen vorab bereits geklärt sein. Gute Beispiele sind die früh industrialisierten, erfolgreichen Nationalstaaten.

- (3) Demokratien können nur funktionieren, wenn sie die für die gesellschaftlichen Verhältnisse relevanten Fragen auf ihrem Territorium klären können.
- (4) Das bedeutet z. B. bzgl. Staatsschulden, dass der Staat primär bei seinen eigenen Bürgern verschuldet sein sollte und diese sich dieser Situation auch nicht ohne weiteres entziehen können. Die Bürger sollten dies außerdem bejahen und so wollen, etwa weil es ihr Staat ist. Das hat in der Historie gut funktioniert, solange die weltpolitische Position von Eliten mit der internationalen Position ihres (Heimat-) Staates eng verknüpft war. Dieser Zusammenhang hat sich mittlerweile weitgehend aufgelöst. Die Heimat des Finanzkapitals ist mittlerweile die ganze Welt.
- (5) Unter heutigen Bedingungen der Globalisierung sind wesentliche Fragen global geregelt, z. B. Welthandelsordnung, Weltfinanzsystem. Die entsprechenden Verträge sind in der Regel kaum änderbar, selbst wenn große Mehrheiten in allen beteiligten Staaten dies wollen sollten. Die supranationale Struktur „hebelt“ in diesem Sinne die nationale Demokratie zugunsten der leistungsstärksten Akteure aus. Prekarisierung und Neofeudalisierung werden so durchgesetzt.
- (6) Die Bilder aus Athen und Madrid zeigen die Hilflosigkeit der Bürger angesichts dieser Verhältnisse. Die Politik im eigenen Land kann nur wenig dazu beitragen, an den Verhältnissen etwas zu ändern. Ihr wird zudem die Schuld für die Verhältnisse zugewiesen, was ebenfalls ungerecht ist. Die Politik hat vorher meist umgesetzt, was große Mehrheiten wollten. So funktioniert eigentlich die Demokratie. Jetzt muss sie aufgrund der veränderten weltweiten Machtverhältnisse in der Folge der Weltwirtschafts- und Weltfinanzkrise Programme umsetzen, die die große Mehrheit der Bevölkerung ablehnt. Zum Schluss fürchtet man sich in Europa vor einer Abstimmung in Griechenland.
- (7) In soweit die Politik nicht zugeben will, dass sie den bestehenden „alternativlosen“ supranationalen Zwängen weitgehend ausgeliefert ist, frustriert sie den Wähler, weil nicht „geliefert“ wird, was erwartet wird.
- (8) Wenn allerdings die Politik zugibt, dass sie nicht „liefern“ kann, ist der Wähler erst recht frustriert und fragt sich, was dann die Demokratie noch soll und wieso die etablierten Parteien nicht verhindert haben, dass der Staat in eine solche hilflose Lage geraten ist.
- (9) In dieser Frustration wählt der Bürger dann manchmal irgendeine beliebige Partei, selbst solche, die erklären, dass sie nicht wissen, wie sie die Lage verbessern können, weil das immer noch besser zu sein scheint als die zu wählen, denen man die Schuld an der aktuellen Lage gibt bzw. die zu wählen, die zwar so tun als könnten sie „liefern“, dann aber erfahrungsgemäß dazu nicht in der Lage sind.
- (10) Gelöst werden können die heute immer sichtbarer werdenden weltweiten Probleme allenfalls im Kontext der Durchsetzung einer besseren Global Governance, z. B. in Form der Reaktion auf eine zu erwartende große internationale Krise.

- (11) Auf eine geeignete Global Governance zielt die Bewegung einer Ökosozialen Marktwirtschaft (www.oekosozial.at). Dies ist genau die Struktur, die Wohlstand, Markt und Nachhaltigkeit verknüpft. Sie ist inhaltlich mit einer Bewegung hin zu Elementen von Weltdemokratie verknüpft. Hoffnung gibt die Initiative für eine parlamentarische Versammlung (<http://de.unpacampaign.org/about/unpa/index.php>) bei den Vereinten Nationen, die mittlerweile auch die Unterstützung des EU-Parlaments hat.
- (12) Ein zentrales Element jeder vernünftigen Global Governance muss in einer „Einhegung“ der Steuerparadiese bestehen. Dies sind die „schwarzen Löcher“ der Weltökonomie. Die so erschließbaren zusätzlichen Steuermittel würden ausreichen, die Entschuldung der Staaten zu bezahlen. Eine Bewegung in Richtung einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft zielt auch auf eine konsequente Regulierung des Weltfinanzsektors und die Durchsetzung einer vergleichbaren Besteuerung aller weltweiten Welterschöpfungsprozesse. Sie würde der Demokratie überall helfen – national und supranational.
- (13) Die Bewegung in Europa zu einer stärker bundesstaatlichen Struktur und Fiskalunion in Reaktion auf die Weltfinanz- und Eurokrise bei Stärkung des EU-Parlaments weist in die richtige Richtung.
- (14) Ein Global Marshall Plan und die Durchsetzung der Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen würde den Weg in eine Ökosoziale Marktwirtschaft und in Richtung Weltdemokratie fördern.
- (15) In Zeiten der Globalisierung sind Demokratie und Freiheitsrechte, Wohlstand und soziale Balance nur bei Verzicht auf Abgabe nationaler Souveränitätsrechte möglich. In der Literatur wird das sogenannte „Trilemma der Globalisierung“ diskutiert. Es besagt, dass von den drei gesellschaftlichen Strukturelementen Demokratie, Globalisierung und nationale Souveränität nicht alle drei gleichzeitig möglich sind. Heute sind Globalisierung und nationale Souveränität verwirklicht zu Lasten der Demokratie. In dieser Lage einen Weg zu mehr Demokratie zu finden, heißt über Weltinnenpolitik nachzudenken. Das ist nicht einfach, aber zumindest eine Perspektive – für eine funktionierende Demokratie in Zeiten der Globalisierung wahrscheinlich die einzige.